

Polare und diskursive Marktwirtschaft

Kann und soll es nach der sozialen Marktwirtschaft einen sozialen Kapitalismus geben?

von Hannes Koch

»Der Begriff ›Soziale Marktwirtschaft‹ scheint an Ausstrahlungskraft eingebüßt zu haben, nun soll der ›soziale Kapitalismus‹ seine Nachfolge antreten.«

Die Soziale Marktwirtschaft ist tot

Drei Beispiele: Lidl, einer der größten Discounter des Landes, lässt seine Beschäftigten von Privatdetektiven mit Geheimkameras bespitzeln und verhindert die Gründung von Betriebsräten.

25 Prozent der Deutschen leben in Armut oder sind von ihr bedroht. Dagegen zerbröseln die Mittelschicht: Nur noch gut die Hälfte der Bevölkerung gehört den mittleren Einkommensgruppen an – im Jahr 2000 waren es noch 62 Prozent.

Weltweit verschärfen sich die sozialen Gegensätze: Während die Gewinne transnationaler Konzerne zweistellige Milliardenbeträge erreichen, sind 20 Länder gerade in Afrika im Zeitalter der Globalisierung noch ärmer geworden als sie zuvor schon waren.

Die Soziale Marktwirtschaft lebt

Auch hier drei Beispiele: Der Besitzer der zweitgrößten Drogerie-Kette Deutschlands, Götz Werner, betreibt kein Lohn-dumping, finanziert seinen Auszubildenden Theaterkurse und setzt sich öffentlich

dafür ein, dass jeder Bundesbürger ein bedingungsloses Grundeinkommen für ein Leben in Würde erhält.

Die Arbeitslosigkeit nimmt ab und in wichtigen Branchen haben Unternehmer und Gewerkschaften gemeinsam Mindestlöhne vereinbart – ein Novum in Deutschland.

Auch weltweit gibt es hoffnungsvolle Zeichen: So hat die Marktwirtschaft erheblich dazu beigetragen, dass heute in Indien und China bis zu 300 Millionen Menschen weniger an absoluter Armut leiden, als noch vor 30 Jahren. Der Anteil der Ärmsten, die von weniger als einem Dollar am Tag leben, an der Weltbevölkerung ist zwischen 1981 und 2001 von 40 Prozent auf 20 Prozent gesunken.

Veränderte Anforderungen an die Soziale Marktwirtschaft

Beide Sichtweisen stimmen. Der sozialen Marktwirtschaft, dem europäischen Sozialmodell, dem Wohlfahrtsstaat – welchen Begriff man auch verwenden will – ging es schon mal besser. Die Zeit seines relativ reibungslosen Funktionierens in der zweiten

Hälfte des 20. Jahrhunderts hat der sozial abgefederte Kapitalismus hinter sich. Er steht unter Druck, es treten Risse auf. Wir leben nicht mehr in der sozialen, sondern der polaren Marktwirtschaft.

Einerseits genießen die Unternehmen größere Freiräume auf dem globalisierten Weltmarkt. Die Eliten fühlen sich an den alten, im nationalstaatlichen Rahmen organisierten Konsens nicht mehr gebunden. In der Folge wachsen die Unterschiede zwischen Arm und Reich sowohl national als auch international.

Andererseits stoßen die Unternehmen aber auch an neue Grenzen. Denn das Spektrum der politischen Akteure ist breiter geworden. Auf den Plan getreten sind die Verbraucher als neue, gesellschaftlich einflussreiche Gruppe. Mit der Macht ihrer Nachfrage-Milliarden drängen die politisch-strategischen Konsumenten ganze Konzerne in die Defensive. Absichtlich und planvoll erreichen sie, dass Unternehmen ihr Verhalten ändern und neue Produkte anbieten. Eine noch kleine, aber stärker werdende Schicht moderner Konsumenten verlangt Waren, die höheren sozialen und ökologischen Standards genügen als bisher. Der relative Boom biologisch angebauter und fair gehandelter Lebensmittel in den USA, Großbritannien und nun auch Deutschland ist ein sichtbares Zeichen für die Aktivität einer politischen Käuferschicht.

Manche Unternehmen wiederum stellen sich auf diese neuen sozialen Bedürfnisse ein und profitieren von dem wachsenden Markt ökosozialer Produkte. Die Otto Gruppe aus Hamburg beispielsweise bietet Textilien aus Baumwolle an (»Cotton made in Africa«), bei deren Herstellung die Bauern einen akzeptablen Preis erhalten und wenig umweltschädliche Chemikalien einsetzen. Die Firma Ritter Sport hat gerade eine Bioschokolade auf den Markt gebracht, deren Kakao aus fairem Handel mit Bauern in Nicaragua stammt. Um ihre Glaubwürdigkeit bei den aufgeklärten Konsumenten nicht zu

riskieren, müssen sich diese Unternehmen um die Humanisierung der Arbeitsverhältnisse in ihren weltweiten Produktionsketten kümmern.

Und auch das Spektrum der traditionellen Akteure hat sich erweitert. Die Zivilgesellschaft ist heute viel bunter als vor 50 Jahren. Durch den Wegfall der Blockkonfrontation zwischen realsozialistischer und kapitalistischer Welt, die Globalisierung und das Internet haben sich neue Handlungsmöglichkeiten aufgetan. Innerhalb kürzester Zeit starten Bürgerrechtsgruppen weltweite Kampagnen gegen Konzerne wie Shell, Nike, Bayer oder Adidas.

Als Reaktion auf die Proteste der Globalisierungskritiker gründete 1999 der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan den Global Compact, das mittlerweile wichtigste Netzwerk für Unternehmensverantwortung weltweit mit zurzeit über 3.000 Mitgliedsunternehmen. Die Firmen – fast alle großen deutschen Konzerne gehören dazu – verpflichten sich unter anderem, allen ihren Beschäftigten, auch in Tochterunternehmen und Zulieferfirmen, freie Lohnverhandlungen zu ermöglichen.

Nicht nur die Zivilgesellschaft differenziert sich aus, derselbe Prozess ist also auch bei den Institutionen und der Wirtschaft zu beobachten. Dadurch entstehen neue Formen des Regierens. »Governance«, wie man heute sagt, funktioniert nicht mehr nur mit Geld, Gewehren und Gesetzen, sondern auch mit freiwilligen Vereinbarungen, die in der globalen Debatte zwischen Regierungen, Unternehmen und Bürgerrechtsgruppen entwickelt werden. Die polare ist deshalb gleichzeitig eine diskursive Marktwirtschaft. Und Gespräche können soziale Spannungen mildern.

»Wenn wir es ernst meinen mit einer sozialökologischen Marktwirtschaft, müssten wir endlich mal anfangen.«

Klimawandel und Kapitalbesitzer

Welche der beiden Tendenzen – die Brutalisierung oder die Zivilisierung der Weltgesellschaft – aber ist stärker als die andere? Mit zwei skeptischen Hinweisen möchte ich vor zu großem Optimismus warnen. Nehmen wir ein Beispiel, bei dem deutlich wird, wie schwer es ist, tatsächlich umzusteuern – der Klimawandel. Die strategischen Konsumenten in Deutschland müssten ihren Ausstoß von Kohlendioxid um den Faktor zehn verringern. Denn jeder einzelne von uns verursacht durchschnittlich rund zehn Tonnen klimaschädliches CO₂ pro Jahr. Um die Atmosphäre nicht zu überfordern und gleichzeitig Umweltgerechtigkeit herzustellen, dürften wir pro Kopf und Jahr allerdings nur eine Tonne in der Umwelt abladen. Das ist die Menge, die jedem Erdenbürger als Recht auf Verschmutzung zusteht, wenn wir den globalen Temperaturanstieg auf etwa zwei Grad begrenzen wollen.

Sind wir dazu bereit? Will ich, wollen Sie dabei mitmachen? Autofahren, Spülmaschine, Waschmaschine, Herd, Fußbodenheizung, Papayas, Bananen und Kiwis ganzjährig, der Flug nach New York, Skilaufen in Österreich – dass sich unser gegenwärtiger Lebensstandard mit zehn Prozent des Energie- und CO₂-Verbrauchs aufrechterhalten lässt, darf man bezweifeln. Wenn wir es ernst meinen mit einer sozialökologischen Marktwirtschaft, müssten wir endlich mal anfangen. Die Konsequenz zu diesem Schritt, das will ich eingestehen, legen ich, meine Familie und meine Freunde, bislang nicht an den Tag. Da nehmen wir unsere Lebensqualität – große Wohnung,

»Kapitalismus« bedeutet Spaltung in Arm und Reich, Chancenlose und Elite. Mit so einem Wort gewinnt man keine Freunde.«

Flugmeilen und kulturellen Erlebnisse auf anderen Kontinenten – doch viel zu wichtig.

Der heutige Lebensstandard in den Industrieländern basiert nicht nur auf Ausbeutung der Natur, sondern auch auf sozialer Ungerechtigkeit. Unsere Lebensmittel und Kleidungsstücke sind auch deshalb so billig, weil den Produzenten in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein fairer Lohn verweigert wird. Und durch unseren Wohlstand und Konsum zerstören wir die Lebensgrundlagen in anderen Teilen der Welt. Auch die Marktwirtschaft der Gegenwart braucht eine abhängige Außenwelt, ohne deren Kolonisierung sie ihre Wohlstandsleistung nicht erbringen kann. Hoffen wir, dass sie irgendwann dazu in der Lage sein möge.

Ein anderes wesentliches Hindernis ist die ungeheure Macht der Kapitalbesitzer. Das Anlagekapital der großen Investmentfonds summiert sich mittlerweile zu Billionen Euro. Diese Fonds setzen auf die bestmögliche Rendite, egal, ob sie durch Spekulation mit Grundnahrungsmitteln, Filetierung von Unternehmen oder Niedriglöhne erwirtschaftet wird.

Was sind ein paar Millionen strategischer Konsumenten und einige Tausend sozial verantwortlicher Unternehmer gegen diese Billionen-Macht des Kapitals? An einzelnen Punkten, in manchen Staaten, in besonderen Situationen können die neuen Bündnisse aus Verbrauchern, Bürgerrechtsgruppen, Institutionen und Firmen Erfolg haben. Doch anzunehmen, die modernen Netzwerke würden die Wirkungsmechanismen der Märkte schnell umlenken oder gar außer Kraft setzen, wäre eine maßlose Überschätzung.

Auslaufmodell Soziale Marktwirtschaft?

Hat es vor diesem Hintergrund wirklich Sinn, dieses widersprüchliche Modell der polaren Marktwirtschaft zu verbreiten, es zu propagieren und zu exportieren? Eine Vision sieht anders aus. Dass wir selbst nicht recht daran glauben, erkennt man schon daran, dass es heute offenbar nicht einmal einen Namen dafür gibt. Der Begriff »Soziale Marktwirtschaft« scheint an Ausstrahlungskraft eingebüßt zu haben, nun soll der »soziale Kapitalismus« seine Nachfolge antreten.

Der Begriff »sozialer Kapitalismus« erscheint mir nicht tragfähig. Zur Beschreibung einer Vision taugt er nicht. Für die Millionen Armen und Hartz-IV-Empfänger in Deutschland muss er wie Spott klingen. Und auch in Asien, Afrika und besonders Lateinamerika, wo die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem gegenwärtig boomt, wirkt er abschreckend. In diesem Begriff schwingt die Härte des 19. Jahrhunderts mit, die Ungerechtigkeit und Brutalität des Manchester-Kapitalismus sowie die Zerstörungen, die die Globalisierung mit sich gebracht hat. »Kapitalismus« bedeutet Spaltung in Arm und Reich, Chancenlose und Elite. Mit so einem Wort gewinnt man keine Freunde.

Vielleicht sollten wir davon Abstand nehmen, »Demokratie« und »Marktwirtschaft« als Vision und Exportprodukt anzusehen. Schließlich kann man beide Konzepte auch als Sammlung von Instrumentarien betrachten, deren Sinn darin besteht, universelle Werte im praktischen Leben zu verwirklichen. Diese Werte, die als allgemeinverbindlich gelten können, sind niedergelegt in

der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Die Erklärung beschreibt die grundlegenden und unveräußerlichen sozialen und politischen Individualrechte, die jeder Erdenbürger genießen sollte.

Diese Rechte sind wichtiger als die Werkzeuge Demokratie und Marktwirtschaft. Wir sollten Regionen, Staaten, Kulturen, Ethnien und Religionen zubilligen, die Menschenrechte umzusetzen, ohne unsere westliche Vorstellung von Institutionen und Marktbeziehungen zu übernehmen.

Freihandel, der ungehinderte Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital ist eine Variante. Er kann die sozialen und politischen Menschenrechte befördern. Eine notwendige Verbindung besteht dabei aber nicht. Deshalb kann es für manches Entwicklungsland sinnvoll sein, westlichen Unternehmen den Zutritt zu verweigern.

In der diskursiven Marktwirtschaft wird uns Toleranz gegenüber anderen Wegen abverlangt. Die Vision eines sozialen Kapitalismus würde diese Offenheit nicht transportieren.



Hannes Koch, Wirtschaftsjournalist und Autor
www.die-korrespondenten.de

Uns interessiert Ihre Meinung!
Diskutieren und kommentieren Sie diesen Artikel auf: www.berlinpolis.de